

EIN JAHR NACH RHEINHAUSEN

Strategiedebatte in Krisenregionen

Von der Werftbesetzung in Hamburg bis zu den Blockadeaktionen in Rheinhausen sind die Abwehrkämpfe in den Krisenregionen durch einen Widerspruch geprägt: durch die Kluft zwischen der Dynamik und den Ergebnissen der Auseinandersetzungen.

Sicher: Oft konnte der Zeitplan des Kahlschlags gebremst, Massenentlassungen verhindert, Sozialpläne verbessert und im günstigsten Fall Ersatzarbeitsplätze in Aussicht gestellt werden.

Aber gemessen am Ziel — Erhalt der Standorte und Arbeitsplätze — sind die Ergebnisse als Niederlagen zu bewerten. Der Abbruch der alten HDW-Werft begann am 30. November und Rheinhausen soll 1991 dichtgemacht werden.

Von Klaus Pickshaus und Gero von Randow

Eine nüchterne Bilanz eines Kampfes muß keineswegs demoralisierend wirken. Eine Interpretation von Kämpfen, die Widersprüche und Niederlagen ausblendet, verhindert Eingriffsmöglichkeiten. In den Diskussionen »nach Rheinhausen« fiel oft das Wort von Marx und Engels, daß die Arbeiter nur »von Zeit zu Zeit siegen« und das »eigentliche Resultat ihrer Kämpfe nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter« sei.¹ Auch verlorengegangene Arbeitskämpfe sind ein Element des widerspruchsvollen Formierungsprozesses der Arbeiterklasse.

Trotz des verstärkten Drucks auf die Arbeiterklasse durch Arbeitslosigkeit, Flexibilisierung und die Einschränkung ihres Streikrechts führte sie in den vergangenen Jahren so viele Auseinandersetzungen wie nur selten in der Geschichte der BRD. Dazu zählen zum einen die zahlreichen Abwehrkämpfe gegen Arbeitsplatzvernichtung, aber auch die politische Widerstandsbewegung gegen die Änderung des § 116 AFG. Zum anderen gehören dazu mehrere Tarifikämpfe, insbesondere der Arbeitskampf 1984 um die 35-Stunden-Woche, in denen die Gewerkschaften im Unterschied zu dem hier behandelten Kampffeld Erfolge erringen konnten.

Damit sind die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften zwar noch nicht an die Spitze eines zukunftsweisenden und aus-



strahlungsfähigen Blocks gesellschaftlicher Veränderung getreten, aber sie haben sich als Hauptkraft des Widerstandes gegen den konservativen Umbau erwiesen. Wenn sich die Bonner Wendepolitik trotz stabiler Parlamentsmehrheit längst nicht im angekündigten Ausmaß und Tempo durchsetzen konnte und sich deutlich von britischen und amerikanischen Vorbildern des Konservatismus unterscheidet, so liegt dies in hohem Maße am Widerstand der Arbeiterklasse und der Stabilität und Gegenmachtfähigkeit der Gewerkschaften. Dies ist zu konstatieren, gerade weil von den neuen sozialen Bewegungen seit Beginn der 80er Jahre entscheidende politische Impulse ausgingen und manche daraus schlußfolgerten, die Arbeiterklasse habe sich von der Bühne gesellschaftlicher Veränderungen verabschiedet.

DIE ROLLE DER GEWERKSCHAFT

In der Beurteilung aller Beteiligten — auch der heftigsten Kritiker — wird den Gewerkschaften eine zentrale Rolle bei den Abwehrkämpfen zugemessen, und zwar gerade auch dort, wo sie faktisch die Funktion einer Koordinierung und Vereinheitlichung des Widerstandes nicht wahrgenommen haben. Darin reflektiert sich die Erfahrung aus den zurückliegen-



den betrieblichen Konflikten, daß nur eine standortübergreifende Bewegung um struktur- und regionalpolitische Alternativen die Chance gewährt, Betriebsegoismus und Resignation zu überwinden. In der Realität wird die Politik der Gewerkschaften daran gemessen, inwieweit die Organisation insgesamt, d.h. vor allem ihr zentraler Vorstand und Apparat, diesem Anspruch gerecht wird.

Der Rückblick auf die innergewerkschaftliche Verarbeitung der Abwehrkämpfe vor Beginn der 80er Jahre zeigt zumindest zwei Fortentwicklungen:

■ Die Durchsetzung des Vergesellschaftungsbeschlusses auf dem 14. o. Gewerkschaftstag der IG Metall in München 1983, die Entwicklung des Stahlpolitischen Programms und später die Konstituierung eines »Stahlaktionsausschusses« sind ein Ergebnis dieser Kämpfe und des koordinierten Zusammenwirkens der aktiven Gewerkschafter dieser Branche.

■ Ebenfalls auf dem Gewerkschaftstag 1983 wurde ein Initiativantrag (»Widerstand gegen die Massenarbeitsplatzvernichtung bei der AG Weser, HDW u.a.«) angenommen, in dem der Vorstand der IG Metall aufgefordert wurde, über »mögliche weitergehende Formen des gewerkschaftlichen Widerstandes« nachzudenken. Ergebnis war eine umfangreiche Positionsbestimmung des

Beirates der IG Metall vom 12.3.1985, die ein neues Verständnis des Arbeitskampfes im Sinne einer »sozialen Bewegung« ausdrückte. »Erweiterte gewerkschaftliche Handlungsperspektiven, die Ergänzung des betrieblichen Abwehrkampfes gegen Arbeitsplatzvernichtung durch gemeinsamen Widerstand auf überbetrieblicher Ebene, müssen Hand in Hand gehen mit erweiterten gewerkschaftlichen Forderungsperspektiven, mit der Ergänzung von defensiven Schutzforderungen zum Erhalt vorhandener Arbeitsplätze durch offensive Gestaltungsforderungen nach Schaffung von zukunftssicheren Ersatzarbeitsplätzen.«²

Elemente eines Arbeitskampfes mit einer gesellschaftspolitischen Mobilisierung waren 1984 in den Streiks um die 35-Stunden-Woche, in der 116-Bewegung sowie bei der Vorbereitung auf den Tarifkonflikt 1987 sichtbar geworden. Mit dem Konzept unmittelbarer »Patenschaften« zwischen Verwaltungsstellen der IG Metall oder zwischen den Belegschaften der Betriebe (etwa der Maxhütte, Krupp Rheinhausen etc.) wurde eine neue Form direkter Vernetzung und Erfahrungsvermittlung gefunden, die für künftige Konflikte ausbaufähig erscheint.³

Bestätigen somit diese innergewerkschaftlichen Fortschritte eine lebendige Wechselwirkung zwischen gewerkschaftlicher Politikentwicklung und den realen Klassenkonflikten? Franz Steinkühler meinte auf der wirtschaftspolitischen Zukunftskonferenz der IG Metall am 20.4.1988 in Sprockhövel: »Unsere Vorstellungen von der sozialen Gestaltung des Strukturwandels sind nicht bloße Kopfgeburten, sondern sie sind auch aus der realen Bewegung gegen Betriebsstilllegungen und für Produktionsumstellungen entstanden.«⁴ Nun zeigt Rheinhausen, daß zu einer intakten Wechselbeziehung neben der Weiterentwicklung inhaltlicher Positionen auch die Bereitschaft und Fähigkeit der Organisation gehören müßte, entsprechende Durchsetzungsstrategien zu entwickeln und aus den realen betrieblichen Konflikten eine politische Bewegung zu formieren — eine Aufgabe, der sich der Vorstand der IG Metall in unzureichendem Maße stellte.

Das gegenwärtige politische Selbstverständnis der IG Metall-Führung ist von Karlheinz Blessing (Leiter der Abteilung 1. Vorsitzender beim Vorstand der IG Metall) mit der Definition einer »Strategie des kalkulierten Widerstandes« umrissen worden, die sich sowohl von sozialpartnerschaftlicher Anpas-

»Die gewerkschaftliche Betriebspolitik muß sich von der Schutz- auf die Gestaltungspolitik sowie von den Sozialplänen auf Beschäftigungspläne umorientieren.«

Franz Steinkühler

sung á la IG Chemie als auch von einem »alternativen Kampf gegen die herrschenden Zustände und Kräfteverhältnisse« unterscheidet.⁵ Letztere Position sieht er als Grundlage des verlorengegangenen britischen Bergarbeiterstreiks. »Eine gewerkschaftliche Strategie in der Bundesrepublik muß auf die Mobilisierung gegen die Wende und gegen die Auswirkungen der Krise setzen, aber sie muß den taktischen Ansatz so wählen, daß der Ausgang einer Auseinandersetzung kalkulierbar und eine Niederlage begrenzt bleibt. Der Kompromiß liegt zwischen dem Brechtschen Satz »wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren« und dem Spielerpostulat »don't play a game if you can't win.«⁶

Nun werden die Regeln des Spiels aber nicht nur von den Gewerkschaften festgelegt. Möglicherweise hatte die IG Metall-Führung nach dem Sozialkompromiß im Tarifkonflikt 1987 angestrebt, auch andere riskante Konfliktfelder zu begrenzen — etwa durch Zustimmung zur »Frankfurter Vereinbarung« in der Stahlindustrie. Gerade auch Rheinhausen demonstrierte wenige Monate später die erneute Offensive und Konfrontationslinie des Kapitals in einem Sektor, in dem die Ausgangsbedingungen günstig erschienen. Dies hätte, gestützt auf den Widerstand der Krupp-Belegschaft, eine betriebsübergreifende Mobilisierung

Klaus Pickshaus ist wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) in Frankfurt. Gero von Randow ist freier Journalist, lebt in Bochum

¹ Karl Marx/Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW 4, Berlin (DDR) 1959, S. 471.

² IG Metall, Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung. Stellungnahme zum Initiativantrag Nr. 4, in: Der Gewerkschafter — Dokumentation, Nr. 4/1988, S. VIII.

³ Vgl. Patenschaften — Neue Solidarität zwischen IG Metall-Verwaltungsstellen, in: Der Gewerkschafter 8/1988, S. 8 f.

⁴ Franz Steinkühler, Wirtschaftspolitische Alternativen aus gewerkschaftlicher Sicht, Referat auf dem Wirtschaftspolitischen Diskussionsforum der IG Metall am 20./21. April 1988 in Sprockhövel, (Manuskript) S. 9

⁵ Karlheinz Blessing, Die andere Zukunft. Gewerkschaftliche Strategien bis zum Jahr 2000, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/1988, S. 155 ff., hier S. 159.

⁶ ebenda, S. 160.

durch die Gewerkschaftszentrale erforderlich gemacht. Zu einer realistischen Lagebeurteilung gehört insofern eine illusionslose Einschätzung der Absichten des Gegners, dessen Pläne nur durch die größtmögliche Entfaltung von Gegenmacht durchkreuzt oder begrenzt werden können.

Ohne die Aufnahme und Verstärkung der lebendigen Impulse des Widerstandes bleiben ein modernes Gewerkschaftsprofil und eine Reformstrategie, die die IG Metall auf ihren Zukunftskonferenzen 1988 konkretisieren will, unrealistisch. In diesem Sinne wäre Horst Klaus (Vorstand der IG Metall) zuzustimmen: »Nur wenig, was in den kommenden Jahren und Jahrzehnten notwendig werden wird, wird sich durchsetzen lassen ohne teilweise schmerzhaft Kollisionen mit den bestehenden Machtverhältnissen... Worauf es für die Linke ankommt, ist, fortschrittliche Positionen so zu formulieren, daß sie mit Durchsetzungsstrategien verbunden werden können.«⁷

VON DER BESTANDSSICHERUNG ZU »GROßEN LÖSUNGEN«

Natürlich beginnen die Bewegungen in den Krisenzentren mit der Forderung, am Standort alles so zu lassen, wie es ist. Sie bekommen so den Charakter eines inhaltlichen Widerstands gegen die von den Konzernen angestrebten Veränderungen — operieren also aus der strategischen Defensive.

Über kurz oder lang kann in jedem dieser Konflikte diese Konstellation eine fatale Zuweisung erhalten: Die Konzerne bzw. ihre politischen Strategen besetzen den Modernisierungsbegriff, die Arbeiter- und Bürgerbewegungen erscheinen als Kräfte des Stillstands.

Auf der »Ruhrgebietskonferenz« v. 6.12.1987 formulierte der GRÜNEN-MdB Eckart Stratmann treffend: »Aktuelle Abwehrforderungen (...) greifen zu kurz und sind wenig mobilisierungsfähig, wenn sie nicht mit weitreichenden ökologischen und demokratischen Perspektiven für das Ruhrgebiet verbunden sind.«⁸

Der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende des Rheinhausener Krupp-Werkes, Theo Steegmann, resümiert: »Entscheidend ist, daß die IG Metall ihre Politik ändert. Sie fordert nach wie vor: Erhalt aller Stahlstandorte. Diese Forderung ist m.E. überholt, nicht mehr glaubwürdig und zugkräftig, denn die Unter-

nehmer haben mittlerweile mit der Maxhütte, Oberhausen, der Mittelbandstraße bei Krupp in Leverkusen (es handelte sich um die Fa. Wuppermann — d.A.) und in Hattingen vier Standorte kaputt saniert. Wie lange soll da die Forderung »Sicherung aller Standorte« noch halten? Wir brauchen eine regional ausgewogene Strukturpolitik, die konkret aufzeigt, wo welche neuen Arbeitsplätze geschaffen werden können.«⁹

Und so kommt es in jeder der geschilderten Bewegungen zur Diskussion um »Ersatzarbeitsplätze«. Das Wort umgreift ein ganzes Bedeutungsfeld: von neuen Arbeitsplätzen der gleichen Branche am selben Standort bis hin zu neuen Arbeitsplätzen in einer anderen Branche an anderen Standorten. Wer erst fordert, alle Aggregate zu erhalten und später »Ersatzarbeitsplätze« sagt, ist damit nicht notwendig vorangekommen oder zurückgewichen. Der nordrhein-westfälische SPD-Fraktionschef Friedhelm Farthmann erklärte zum Beispiel, die Stilllegung der Rheinhausener Hütte sei notwendig, es müßten also Ersatzarbeitsplätze her. Auf der Hütte dagegen wurde anders argumentiert: Hüttenarbeitsplätze müssen mindestens so lange erhalten bleiben, bis entsprechende Ersatzarbeitsplätze vorhanden sind. Ein feiner, aber politisch entscheidender Unterschied: Denn nur solange die Belegschaft existiert, kann sie für Ersatzarbeitsplätze kämpfen.

Eine Schlüsselrolle gewinnen für Verlauf und Perspektive der Abwehrkämpfe eigene Gegenkonzepte der Belegschaften zur »Sachzwanglogik« der Konzerne. Solche Alternativkonzepte wurden meist zu einem späten Zeitpunkt in der Defensivphase vorgelegt, in denen sie keinen bestimmenden Einfluß mehr erlangten. Dies hängt mit dem notwendigen Erarbeitungsprozeß zusammen, aber auch damit, daß die Diskussion in der Arbeiterbewegung über Stellenwert, Zielrichtung und Reichweite solcher Alternativkonzepte noch in den Kinderschuhen steckt.

Die Entwicklung von betrieblichen, branchen- und regionalbezogenen Alternativen verlangt einen erheblichen konzeptionellen Aufwand und den Aufbau entsprechender wissenschaftlicher Beratungskapazitäten der Arbeiterbewegung. Alternativkonzepte bewegen sich innerhalb der Gesetze kapitalistischer Produktion. Sie nehmen allerdings die Interessen der Beschäftigten und die gesellschaftlichen Bedürfnisse zum Ausgangspunkt und bringen damit die Logik der Ökonomie der Arbeiterklasse zum

Tragen. Insofern geraten sie mit den Machtstrukturen und der kurzfristigen Verwertungslogik der Konzerne in Konflikt.

Die Forderung nach »Ersatzarbeitsplätzen« (oder »alternativer Produktion«) zeigt dann einen Weg, wenn sie von den Mächtigen verlangt, mit den am Standort erarbeiteten Gewinnen ebendort neue Produktionslinien zu etablieren und damit für neue Beschäftigung zu sorgen.

Hier berühren sich Industrie-, Regional- und Gesellschaftspolitik. Denn die Fragen nach neuen Produktionslinien enthält die Bestimmung gesellschaftlichen Bedarfs, und sie ist ein normatives Problem. Es zu lösen verlangt, sich über die Interessen Rechenschaft zu geben, entlang derer der gesellschaftliche Bedarf definiert werden soll. Darin liegt zugleich die Chance, den Widerstand gegen die Zerschlagung von Standorten zu einer Bewegung fortzuleiten, die nicht nur die unmittelbar sozial Betroffenen einbezieht: Bewegung für eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.

Es geht um eine Politik, die den fatalen Krisenkreislauf aufbricht, in den Krisenregionen stets geraten. Je mehr sich z.B. die Lebensbedingungen im Ruhrgebiet durch die Beschäftigungskrise und ihre Folgen (z.B. für die Versorgung mit Dienstleistungen) verschlechtern, desto mehr werden jüngere und qualifiziertere Arbeitskräfte in andere Regionen abwandern — vorrangig dorthin, wohin vor ihnen bereits das Kapital wanderte. Damit entsteht ein »Brain-Drain«, der sich wiederum verstärkend auf den Desinvestitionsprozeß auswirkt. »Qualifizierungsoffensiven« allein, wie von der NRW-Landesregierung unternommen, können diesen Prozeß nicht aufhalten, solange sie nicht in Beschäftigungsoffensiven münden. Ebenso werden neue Produktionslinien, die nur an einem bornierten Marktkriterium gemessen werden, die komplexen Krisenkreisläufe nicht aufbrechen. Wieder das Beispiel Ruhrgebiet: Über einen langen Zeitraum hinweg zerstörte der Montan-Komplex die Ökologie des Reviers. Heute ist es so, daß die Standortvernichter nicht nur schlechte Sozialperspektiven, sondern auch Gift in Boden und Gewässern zurücklassen (die sogenannten Altlasten). Kokereiabfälle, Hochfenschlacke, Schweröle, Schwermetalle und Härtesalze aus der Stahlindustrie, PCB-haltige Hydraulikflüssigkeiten, Benzolgifte und andere Gifte aus dem Kohlekomplex, von den Bergschäden u.v.m. ganz zu schweigen: Das ist die Erbschaft der bisher auf um-

weltfeindliche Weise betriebenen Montanindustrie. Sollte es dazu kommen, daß anstelle des fälligen ökologischen Umbaus des Reviers nun profitträchtigere Problemverschiebungen wie z.B. die Giftmüllverbrennung inszeniert werden, dann wird sich die Umweltkrise des Reviers fortsetzen — ohne daß für die Beschäftigungsfrage etwas gewonnen wäre. Denn diese von der Landesregierung favorisierten »Umwelttechnologien« haben im Vergleich zum Einbruch in der Montanindustrie nur geringe Beschäftigungseffekte.

Grob gesprochen, beschränkt sich die sozialdemokratische (Landes-)Regierungspolitik in Krisenregionen darauf, die unmittelbaren Opfer der Stilllegungen zu minimieren sowie Investitionsanreize im beschränkten Rahmen der Technologieförderungs- und ähnlicher Programme zu geben: Wirtschaftsförderungs- und Ansiedlungspolitik also.

Während Sozialpläne selbst im montanbestimmten Sektor immer weniger auffangen können, ist — aus ökonomischen Gründen, die hier nicht näher dargelegt werden können — die Ära der Ansiedlungspolitik längst vorbei. Die sozialdemokratische Regierungs- und Kommunalpolitik herkömmlichen Zuschnitts kann die Arbeitsplatzverluste an den betroffenen Standorten allein nicht auffangen.

Hinzu kommt, daß in allen diesen Konzepten noch nicht die Tatsache berücksichtigt ist, daß die in den gegenwärtigen Krisenregionen überdurchschnittlich in der häuslichen Reproduktion tätigen Frauen — mit Recht — in dem Maße auf den Arbeitsmarkt drängen, in dem ihre Männer von der Schichtarbeit in den traditionellen Industriezweigen freigesetzt werden.

Nachdem wir uns angesichts der Rationalisierungstendenzen im vielschichtigen »Dienstleistungsbereich« allzu

großer Hoffnungen entledigen sollten, er könne das Auffangbecken für alle bisher industriell Arbeitenden sein, führt nichts an der Feststellung vorbei: Es helfen nur »große Lösungen« weiter, eine neue Einheit von Industrie-, Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Damit ist die Frage aufgeworfen, inwieweit eine demokratische »Alternativökonomie« im Rahmen des staatsmonopolistischen Systems realisiert werden kann. Die Entwicklung der »Krisenbranchen« zeigt jedenfalls, daß diese nicht einer zwingenden »Produktivkraft-Logik« sondern einem Strategiewechsel folgen, mit dem sich das Großkapital auf veränderte Bedingungen einstellt. Diese Feststellung impliziert, daß es eine Variantenbreite der Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung gibt — und damit ein Handlungsfeld für soziale und politische Bewegung.¹⁰

Dieser Gedanke ist für die heutige Strategie der Arbeiterbewegung und der Linken von ausschlaggebender Bedeutung. Denn nach wie vor ist — auch unter Marxisten — ein ökonomischer Determinismus verbreitet, nach dessen Vorstellung der Strukturwandel wie der Mechanismus eines Uhrwerks abläuft. Daraus wird von den einen der Schluß gezogen, Widerstand gegen die Richtung dieses Strukturwandels sei anachronistisch und zur Erfolglosigkeit verdammt. Andere hingegen meinen, die damit unvermeidlich aufbrechenden Widersprüche und Konflikte dienen lediglich zur Entlarvung der Kapitalwillkür und zur Propagierung der sozialistischen Alternative.

Eingreifendes, veränderndes Handeln beginnt mit dem Widerstand gegen die konservative Modernisierungsstrategie des Großkapitals; es erfordert jedoch eigene Vorstellungen für eine sozialorientierte Modernisierung und stoffliche Umbauprogramme, mithin die Bündelung der Alternativen in einem Reformentwurf.¹¹

»Die gewerkschaftliche Betriebspolitik muß sich von der Schutz- auf die Gestaltungspolitik sowie von den Sozialplänen auf Beschäftigungspläne umorientieren.«

Franz Steinkühler

ABWEHRKÄMPFE UND DIE PERSPEKTIVE EINER REFORMBEWEGUNG

Dem Kampf um industrielle Arbeitsplätze fehlt die den heutigen Anforderungen angemessene politisch verändernde Qualität, solange er noch darauf ausgeht, umweltzerstörende und patriarchalische Strukturen zu konservieren. Nicht die linearverstärkende Unterstützung solcher Kämpfe ist die Aufgabe der Linken, das können andere schließlich auch, sondern ihre Erweiterung: Abwehrkämpfe in Krisenregionen zum Faktor gesellschaftlicher Reformbewegungen werden zu lassen.

Der Schlüssel zur Lösung dieses Problems ist die Frage nach der »Zukunft« der Arbeit. Zunächst einmal, weil sich die sozialen Probleme gerade in den Krisenregionen auf die Frage der Erwerbstätigkeit zuspitzen. Ein Entwurf für die gesellschaftliche Arbeit der Zukunft umschließt aber zwangsläufig ein bestimm-

⁷ Horst Klaus, Reformperspektiven aus gewerkschaftlicher Sicht. Referat auf dem Treffen des »Frankfurter Kreises« in Oer-Erkenschwick am 26.3.1988, in: Sozialistische Politik und Wirtschaft 41 (Berlin-West 1988), S. 274/5.

⁸ Eckart Stratmann, in: Reader (Dokumentation) zur Ruhrgebietskonferenz, Oberhausen 1988, S. 11.

⁹ Interview mit Theo Steegmann, in: Sozialismus Nr. 1—88, S. 7.

¹⁰ Damit ist das vom IMSF bereits seit dem ersten Jahrbuch diskutierte Thema der Entwicklungsvarianten im SMK aufgeworfen. Vgl. den grundlegenden Beitrag von Heinz Jung, Zum Konzept der Entwicklungsvarianten des SMK heute, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 11, Frankfurt/Main 1986, S. 65 ff. Vgl. auch J. Huffschildt/H. Jung, Reformalternative. Ein marxistisches Plädoyer, Frankfurt 1988.

¹¹ Eine solche strategische Orientierung enthält der Aufsatz von Herbert Mies, Rheinhausen und einige Zukunftsfragen der Arbeiterbewegung, Marxistische Blätter 7/1988, S. 8 ff., vor allem S. 10—13. Die DKP hat im Juni 1988 einen Diskussionsentwurf einer reformpolitischen Alternative vorgelegt. Vgl. »Bundesrepublik Deutschland 2000. Vorschläge der DKP zu einer friedensorientierten und demokratischen Reformalternative für die 90er Jahre«, Düsseldorf 1988. Dieser Entwurf wird als »Zwischenbilanz« und als »Beitrag im Rahmen der linken und demokratischen Programm- und Zukunftsdiskussion« verstanden. (S. 9) Vgl. hierzu die Diskussion in »Unsere Zeit« und in den »Marxistischen Blättern.«



Nicaragua darf nicht alleine stehen



Die breite Schneise des Hurrikans hat Nicaragua vollständig erschüttert.

Mehrere medico-Projekte lagen mitten im Zentrum des Sturms: Tasba Pony, Santo Tomas & El Corral. Auch am Rio San Juan sind die Schäden beträchtlich: 400 Häuser ganz oder teilweise zerstört!

WIR SAMMELN DESHALB NICHT NUR GELD, SONDERN KÄMPFEN MIT TAUSEND GROSSEN & KLEINEREN PROBLEMEN DES WIEDERAUFBAUS:

- Transportmöglichkeiten ● Zinkblechbeschaffung ● Motorsägen ● Notstromaggregate ● Dachnägelbesorgung ● Medizinische Versorgung ● Trinkwasser

HELFE SIE UNS BITTE BEI DIESER ARBEIT.

SPENDEN SIE REICHLICH AUF UNSERE KONTEN:

1800 Stadtparkasse Ffm. BLZ 500 501 2 oder Postgiro Köln 69 99-508.
Stichwort: Hurrikanhilfe.

Kostenlose Infoblätter mit Schadensübersicht auch in größeren Mengen zur kostenlosen Verteilung. (Rückporto in Marken belegen).



Medico international · Obermainanlage 7 · 6000 Frankfurt 1 · Telefon 0 69 / 4 99 00 41 / 2

tes Bild unserer materiellen Wechselwirkung mit der Natur in einer bestimmten gesellschaftlichen Form, so daß wir bei der Frage nach dem Sinn zukünftiger Arbeit ankommen und damit an der Schnittstelle zur Frage: In welchen neuen Zustand muß unsere tödlich gefährdete Zivilisation überführt werden? Diese komplizierte Frage verweist uns darauf, daß angesichts objektiver Internationalisierungstendenzen auch die Antworten und Handlungsperspektiven globale Dimensionen nicht mehr ausschließen dürfen.

Dies alles klingt noch vage, und das hat seinen Grund. Die Linke ist konzeptionell noch eingezwängt zwischen kommunal-, regional-, national- oder branchenbormierter Minimalpolitik und einem Maximalismus, der nicht auf Weltganze sondern auf die ferne Zukunft geht: Ablösung kapitalistischer Produktionsverhältnisse. Die »große Lösung« haben wir noch zu wenig angedacht. Sie müßte, um die Kriterien einmal aufzuzählen, friedlich und solidarisch, demokratisch und antipatriarchalisch, ökologisch und sozial sein.

Dafür gibt es sehr wohl Handlungsfelder für linke und demokratische Kräfte. In Krisenregionen bietet sich allemal die Stadt- und Kommunalpolitik an. Sie ist eine Ebene, auf der unmittelbare Betroffenheit und »große Politik« zusammengeführt werden können. Dann verlören Utopien, Forderungsprogramme u.dgl. ihren abstrakten Charakter. Und nicht nur sie, ebenso jene fälschlich »konkret« genannte Kommunalpolitik, die den Bezug zu den strukturell bestimmenden Problemen verloren hat und ein Produkt des Parlamentarismus sozialdemokratischer Prägung ist: Interessenvertretung als mehr oder weniger unpolitischer Stimmenfang.

Daß wir die Alternativen erst umrißhaft erkennen, liegt wohl nicht zuletzt daran, daß sie auch nicht auf die gleiche Weise entstehen können wie bisherige politische Programme. Hier gelangen wir zum Kern desjenigen, was in Moskau »Neues Denken« genannt wird: Eigenes Denken.

Diese allgemeine Feststellung läßt sich mühelos »im Kleinen« demonstrieren. Arbeitsalternativen für Hamburger Werften oder Stahlwerke im Saar- oder Ruhrrevier bzw. der Oberpfalz zu entwickeln, dazu muß nicht nur das von den Konzernen akkumulierte Wissen, sondern müssen auch die Arbeitserfahrungen, berufliches Wissen und Können, Organisations- und Entscheidungsfähigkeit der Belegschaften einbezogen werden. Hinzu kommen muß das kreative und wissenschaftliche Potential der Intelligenz. Ohne sie bliebe die Arbeiterbewegung unfähig zu einem neuen Reformentwurf.

DEMOKRATISIERUNG

Mit diesen Überlegungen kommen wir zur Frage der Vergesellschaftung. Bezog sich diese Forderung lediglich auf die Eigentumsfrage, so erwies sie sich als »zu abstrakt, zu wenig greifbar (...), um mobilisierend zu wirken.«¹² Anders dage-

gen, wenn die Eigentumsfrage als Problem der Entscheidungskompetenzen entfaltet werden konnte: Dann spielte die Vergesellschaftungsforderung in den Bewegungen eine katalytische Rolle, denn sie drückte den Anspruch von Menschen aus, die Rolle des Opfers zu verlassen und Souveränität über die eigenen Arbeits- und Lebensbedingungen zu erlangen.

Die geforderte Vergesellschaftung muß konkret bestimmt werden, damit Handlungsperspektiven entstehen. Als ein Versuch einer solchen Konkretisierung kann das Umbau- und Innovationskonzept für die Maxhütte verstanden werden, in dem staatliche Beteiligungsformen, Demokratisierungs- und Mitbestimmungsschritte sowie stoffliche Umbaumaßnahmen eine Einheit bildeten.¹³ Auch wenn dieses Konzept — wie manche anderen auch — für den Kampfverlauf nicht entscheidend wurde, kann es für die weiteren Lernprozesse eine wichtige Rolle spielen.

Jede Annäherung an die »Eigentumsfrage«, jede Konkretisierung der Forderung nach Vergesellschaftung wird die Demokratisierung in den Mittelpunkt stellen müssen. Das ist die Erfahrung der praktischen Bewegungen.

Es wäre verfehlt zu glauben, mit der IGM-Forderung nach Vergesellschaftung der Stahl- oder Werftindustrie fordere die Arbeiterklasse das Ende kapitalistischer Produktionsverhältnisse. Abgesehen davon, daß nicht die Klasse sondern einzelne Gruppen kämpften — und das nicht etwa als Vorkämpfer der Klasse — ihr Grundgedanke war nicht die sozialistische Umwälzung als »letzte Rettung«, sondern das Einfordern der sozialen Demokratie, jener Verheißung, die zum Grundkonsens des staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik zählt. Aufgabe der Linken wäre es nicht zuletzt, den Widerspruch zwischen dieser Verheißung und den Produktions- und Machtverhältnissen zum Thema der Bewegungen zu machen. Radikale Kapitalismuskritik könnte so das Rückgrat von Reformbewegungen werden, die ihre Integrierbarkeit in vorherrschende Politikverläufe erschwerten oder unmöglich machten. Sie ermöglicht die nüchterne Einschätzung der Machtverhältnisse und des Gegners, gegen den Reformforderungen durchzusetzen sind.

Die von der IG Metall in die Diskussion gebrachte Idee der »Beschäftigungsgesellschaften« — vielleicht das wichtigste Resultat des Hattinger Kampfes — ist eine Forderung nach demokratischer Wirtschaftsprogrammierung. Da-

bei handelt es sich um paritätisch mitbestimmte Unternehmen, die neue Beschäftigungsfelder dort erschließen sollen, wo dominierende Konzerne Produktionsstandorte beseitigen wollen. Die Arbeitsverträge der bisherigen Belegschaften sollen auf die Beschäftigungsgesellschaften übertragen werden. Kapitalausstattung und Know-How sollen von den jeweils verantwortlichen Konzernen gewährt werden.¹⁴

Solche Beschäftigungsgesellschaften wären ein Fortschritt auf der Produktions- bzw. Angebotsseite. Damit sie überhaupt nennenswerte Beschäftigungserfolge erzielen können, muß auf politischem Wege zahlungsfähige Nachfrage angeregt werden: Den Beschäftigungsgesellschaften müssen Beschäftigungsprogramme entsprechen. Damit bietet dieses Konzept eine Schnittstelle zur Alternativen Wirtschaftspolitik, wie sie insbesondere von der »Memorandum-Gruppe« seit vielen Jahren entworfen wird.

Es zeigt sich, daß im Zuge der Auseinandersetzungen die Bewegungen in den Krisenregionen immerhin neue Reformideen induzierten. Daß die Führung der IG Metall für diesen Reformansatz nicht in den Ring ging, ist ein anderes Thema.

WAS IST DURCHSETZBAR?

Wie realistisch sind die Veränderungsperspektiven? Ist der Frankfurter Gewerkschaftsführung darin recht zu geben, daß die Bewegungen in den Krisenregionen nicht der Ausgangspunkt einer erfolgreichen Reformbewegung sein können? Das Schicksal der britischen Gewerkschaftsbewegung vor Augen scheint die Spitze der IG Metall jedenfalls nur zu so viel Mobilisierungsbereit zu sein, wie nötig, um die betroffenen Teile ihrer Mitgliedschaft zu behalten.

Die Taktik der Anpassung an den Modernisierungskurs der Banken und Konzerne schätzt die Ausgleichsfähigkeit des Systems sicher richtig ein. Es scheint möglich, die sozialen Schäden des Kahlchlags in den Krisenregionen so zu begrenzen, daß politische Risiken ausgeschlossen werden. Was jedoch oft unterschätzt wird, ist die demobilisierende Wirkung dieser Taktik. Es wird nicht möglich sein, demokratischen Fortschritt zu erzielen, wenn nicht große Gruppen von Menschen Erfahrungen mit Gegenwehr und Widerstand machen. Wenn aus dem Funktionsapparat der IG Metall in diesem Zusammenhang auf die Stillhaltetaktik der Betriebs-

räte und Vertrauensleute in scheinbar nicht betroffenen Betrieben verwiesen wird, so beschreibt das zwar eine reale Schwierigkeit. Betriebsegoismus und St.-Florians-Prinzip verschwinden aus der Gewerkschaftsbewegung aber nicht, indem sie als Randbedingungen hingenommen werden.

Die IG Metall und ebenso die politischen Organisationen der Arbeiter- und demokratischen Bewegung unterlägen einem Fehlschluß, wenn sie meinten, den gegenwärtigen Konflikt in der Stahl- und Werftenindustrie »überspringen« zu können, um sich den Zukunftsindustrien zuwenden zu dürfen. Das hieße, die Machtverschiebung zu verkennen, die mit der herrschenden Industriepolitik einhergeht. Noch einmal Theo Stegmann: »Wenn es den Stahlunternehmen — obwohl wir in diesem Bereich die weitestgehenden Mitbestimmungsregeln und sozialen Vereinbarungen haben — gelingt, Standorte einfach plattzumachen, wird es den Automobilarbeitern wohl ähnlich an den Kragen gehen¹⁵.« Und, so darf ergänzt werden, alsdann den Belegschaften der Elektroindustrie, der Elektronikindustrie... überall dort, wo neugeordnet und rationalisiert wird, und das ist eben überall.

Noch immer nicht beantwortet ist damit die Frage nach den Durchsetzungschancen. Wenn wir nicht spekulieren wollen, können wir der Frage nur nachgehen, indem wir über die Bedingungen einer neuen Reformpolitik nachdenken. Die gesellschaftspolitische Dimension des Problems der Krisenregionen legt den Gedanken nahe, daß der Einstieg in eine neue Wirtschafts- und Regionalpolitik ohne Veränderung der politischen Rahmenbedingungen nicht zu haben ist. Die politischen Rahmenbedingungen werden allerdings nicht nur in Bundesländern, sondern mehr noch in Bonn, aber nicht nur dort, sondern zunehmend auch westeuropaweit gesetzt. Das gilt erst recht für hochvergesellschaftete und von internationalen Finanz- und Industriekonzernen regierte Branchen wie Werften, Stahl, Energie.

Ein Zentralgedanke einer Strategie von Bewegungen in Krisenregionen muß daher das Ende der Provinzialität sein; positiv ausgedrückt: das Zusammenführen dieser Bewegungen mit anderen demokratischen Faktoren im nationalen und internationalen, zumindest westeuropäischen Maßstab. Das ist nicht etwa nur eine organisatorische oder informatorische Aufgabe. Es ist zugleich die konzeptionelle Aufgabe, eine demokratische Alternative in westeuropäischem

„Die gewerkschaftliche Betriebspolitik muß sich von der Schutz- auf die Gestaltungspolitik sowie von den Sozialplänen auf Beschäftigungspläne umorientieren.“
Franz Steinkühler

Maßstab zu entwerfen — und die Aufgabe, für neue politische Konzepte zu mobilisieren, beispielsweise bei Wahlen. Es ist gewiß produktiv, daß sich im Zuge der standortbezogenen Bewegungen eine neue, kämpferische Verbundenheit mit der Stadt und Region herausbildet. Das Heimatbewußtsein wird jedoch dann zur Falle, wenn es die globalen Bezüge ausblendet. Kommunale oder regionale Borniertheit macht wehrlos gegenüber der Strategie internationaler Konzerne.

Ausweiten, vereinheitlichen, zuspitzen: Die Politisierung der Bewegungen muß der nächste Schritt sein. Vorerst sieht es jedoch so aus, daß die Bewegungen in den Krisenregionen weitgehend isoliert voneinander sind. Sie unterscheiden sich nicht nur hinsichtlich ihrer Bedingungen voneinander, sondern finden auch ungleichzeitig statt. Erst die Werften, dann die Maxhütte, dann Hattingen, dann Rheinhausen — dann Osnabrück, dann Dortmund, und dann die Automobilindustrie?

Die Vereinheitlichung ist eine Aufgabe, an der die heterogene und unentwickelte Linke in der Bundesrepublik wachsen kann. Sie darf allerdings nicht in den Fehler verfallen, in den Aktionen der Belegschaften die Wiederkehr großer Klassenaktionen zu sehen. Davon kann erst die Rede sein, wenn die Politik Gegenstand von Massenaktionen wird; das aber erfordert nicht zuletzt von der Linken die Fähigkeit zur Erneuerung ihrer Strategie. □

¹² Stegmann, a.a.O., S. 7.
¹³ Vgl. Frank Rehberg, Zukunftsinvestitionen. Ein Umbau- und Innovationskonzept für die Maxhütte, in: Sozialismus 2/1988, S. 8 ff. Generell zu diesem Thema Christoph Eiche, Probleme der Vergesellschaftung heute, in: Marxistische Blätter 5/1987, S. 49 ff.

¹⁴ Vgl. Heinz Bierbaum, »Beschäftigungsgesellschaften« als betrieblicher und gesellschaftlicher Gestaltungsansatz, in: IMSF (Hrsg.), Zukunft von Arbeit und Technik, Frankfurt 1988, S. 159 ff. Als Beispiele für Konkretisierungsversuche an aktuellen und künftigen Konfliktfeldern vgl. Harald Mattfeldt, Beschäftigungsplan. Beschäftigungsgesellschaften als Instrument regionaler Beschäftigungspolitik am Beispiel der Autoindustrie, in: Sozialismus 6/1988, S. 43 ff.; Gerd Lobodda, Beschäftigungspläne — Stellenwert, Perspektiven, Grenzen, Möglichkeiten, in: Sozialismus 7/8-1988, S. 26 ff. und Michael Blank/Horst Neumann, Beschäftigungsgesellschaft durchgesetzt, dokumentiert in: Nachrichten 7/1988, S. 13 f.

¹⁵ Stegmann, a.a.O., S. 4.